

16. Beratung: Baubeschluss zur Erneuerung der K 6755 (020),
2. BA Freienbrink - Spreeau
17. Beratung: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur teilweisen Wahrnehmung der Aufgaben der Stadt Beeskow als Vollstreckungsbehörde nach § 17 Abs. 2 (Nr.2), Nr.8 Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg (VwVGB) durch den Landkreis Oder-Spree
18. Beratung: Beschlussfassung über die Umsetzung der Leitziele des LOS zur Entwicklung seines ländlichen Raumes
19. Beratung: Wahl des Kreisbehindertenbeirates
20. Beratung: Wahl des Kreistages Oder-Spree am 26. Mai 2019
Berufung des Kreiswahlleiters und seines Stellvertreters
21. Beratung: Wahl des Kreistages Oder-Spree am 26. Mai 2019 - Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise und deren Abgrenzung
22. Sonstiges

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.09.2018 - nichtöffentlicher Teil
2. KWU - Information zum Neubau eines Wertstoffhofes mit Umschlagstation
Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Umschlagstation
3. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
 - 3.1. Bestätigung der Niederschrift des Vergabeausschusses vom 05.09.2018
 - 3.2. Vergabeentscheidung: Breitbandausbau im Landkreis Oder-Spree
"Förderung des Aufbaus und Betriebs von NGA-Breitbandinfrastrukturen zur Erschließung von unterversorgten Gebieten des Landkreises Oder-Spree in FTTB-Technologie auf Basis des Wirtschaftlichkeitslückenmodells"
 - 3.3. Klärung: Vergabeentscheidung Spree-Oberschule Fürstenwalde - Neubau - Gewerk Rohbau

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Kreisausschussvorsitzende, Herr Lindemann, stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lindemann erkundigt sich nach Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Berger informiert er über folgende Änderungen:

- Den Abgeordneten sei die Beschlussvorlage Nr. 072/2018 zugegangen. Diese sollte unter TOP 5 besprochen werden.
- Die Reihenfolge der Beratung zu den Beschlussvorlagen Nr. 056/2018 und 057/2018 müsse getauscht werden.
- Des Weiteren sei im nichtöffentlichen Teil eine Information zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zum Neubau eines Wertstoffhofes mit Umschlagstation geplant.

Herr Dr. Pech bittet um die Erweiterung der Tagesordnung um den TOP Sonstiges.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet der Landrat um die Bestätigung der geänderten Tagesordnung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.09.2018 - öffentlicher Teil

Der Landrat informiert, dass der Verwaltung keine Änderungswünsche zum Protokoll der vorangegangenen Sitzung vorläge und erkundigt sich nach Wortmeldungen bei den Abgeordneten.

Da es keine Einwände gibt, bittet Herr Lindemann um die Bestätigung des Protokolls – öffentlicher Teil vom 05.09.2018.

zugestimmt

**Zu TOP 4 Beratung: Entschließung des Kreistages des Landkreises Oder-Spree: "Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für alle, die in Deutschland arbeiten!"
Vorlage: 11/DIE LINKE/2018/1**

Der Kreisausschussvorsitzende gibt an, dass der Antrag inzwischen nochmals in den zuständigen Fachausschüssen beraten worden sei.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht und er bittet um die Abstimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 2 Enthaltung 3

**Zu TOP 5 Vorschläge zur Berufung der Kreiswahlleiter und ihrer Stellvertreter für die Wahl zum 7. Landtag Brandenburg am 1. September 2019
Vorlage: 072/2018**

Der Kreisausschussvorsitzende stellt fest, dass es keine Nachfragen zu dieser Beschlussvorlage gibt und bittet um die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beruft als Kreiswahlleiter und deren Stellvertreter für die Wahl zum 7. Landtag Brandenburg am 01. September 2019 folgende Personen:

- Wahlkreise 29 und 30
für das Amt des Kreiswahlleiters Herr Michael Buhrke und
für das Amt der Stellvertreterin Frau Gundula Teltewskaja;
- Wahlkreis 27
für das Amt des Kreiswahlleiters Herr Sascha Gehm und
für das Amt des Stellvertreters Herr Lothar Kaden;

- Wahlkreis 31
für das Amt der Kreiswahlleiterin Frau Ulrike Gliese und
für das Amt des Stellvertreters Herr Michael Rose.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

**Zu TOP 6 Beratung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2019 des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV
Vorlage: 066/2018**

Herr Lindemann ruft den TOP auf und übergibt Herrn Dr. Zeschmann das Wort.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Zeschmann gibt Herr Hellmich, Sachbearbeiter ÖPNV, zu Protokoll, dass die in der Beschlussvorlage angegebenen 140.000 € zur Herstellung der Barrierefreiheit (gesetzliche Forderung ab 2022) beim Busverkehr eingesetzt würden wie z.B. Niederflertechnik, Rampen für Rollstuhlfahrer. Es würden drei Gelenkbusse angeschafft, die für zukünftige Beförderungsaufgaben im Raum Erkner und Fürstenwalde benötigt würden.

Im Anschluss bittet der Landrat um die Abstimmung zur Beschlussvorlage „ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2019 des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV.“

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 7 Beratung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Nutzungsentgelten für die Benutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen innerhalb des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 059/2018**

Auf Nachfrage von Herrn Lindemann bittet Herr Dr. Pech um die Zuarbeit der genauen Kalkulationen zu den Tagessätzen, welche Frau Zarling, Dezernentin für Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit, bis zur Sitzung des Kreistages am 06.12.2018 zusichert.

Anschließend bittet der Kreisausschussvorsitzende um die Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 8 Beratung: Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 057/2018**

Der Landrat erkundigt sich, ob Nachfragen bei den Abgeordneten bestünden und übergibt Herrn Dr. Zeschmann das Wort.

Herr Dr. Zeschmann bittet um die Information, warum es im südlichen Teil des Landkreises keine Versorgungseinrichtung~~einrichtung~~anlage für Bio-Abfälle gebe. Welche Bedarfe bestünden dort und wie weit ist man mit der Planung, um hier eine schnellstmögliche Problemlösung zu finden? Warum würde nicht die Anlage im Nachbarlandkreis Dahme-Spreewald mitgenutzt? Wie konnte sich ein Jahresgewinn i. H. v. 130.000 € entwickeln?

Herr Buhrke, Dezernent für Finanzen und Innenverwaltung, weist darauf hin, dass dies nicht direkt zur Feststellung des Jahresabschlusses passen würde, bittet jedoch Frau Drawe, Werkleiterin des Eigenbetriebes KWU Entsorgung, kurz zu antworten.

Frau Drawe informiert, dass man lt. Gesetz Bio-Abfälle in Vergärungsanlagen zu verwerten habe, jedoch seien die Abgabemengen für eine eigene Anlage nicht ausreichend. Man arbeite hier interkommunal zusammen. So habe man Gespräche mit ~~der Uckermark~~ dem Landkreis Barnim aufgenommen, da dieser in Bernau eine Biogasanlage plane. Für 2019 sei der Modellversuch für die Annahme von Bio-Abfällen in Müllrose erweitert worden (auf 300 Tonnen).

Herr Buhrke gibt an, dass bis heute keine Anlage vorhanden wäre, die alle gesetzlichen Vorgaben erfülle. Der benachbarte Zweckverband habe ein Übereinkommen mit dem zuständigen Ministerium finden können. Des Weiteren weist er darauf hin, dass man im berlinnahen Raum kostengünstiger den Abfall einsammeln könne. Man dürfe auch nicht vergessen, dass auf dem Land jeder selbst auch mehr kompostieren würde. Zu der Frage von Herrn Dr. Zeschmann erklärt Herr Buhrke, dass man nur im Bereich „Papier“ Gewinne erzielen könne.

Nach Beendigung der Beratung wird über die Beschlussvorlage zur Weiterleitung an den Kreistag abgestimmt.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 9 Beratung: Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 056/2018**

Da es keine Wortmeldungen zur Beratung der Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen“ gibt, bittet Herr Lindemann um die Abstimmung zur Beschlussvorlage.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 10 Beratung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung -
Vorlage: 060/2018**

Es gibt keine Nachfragen.

Der Landrat bittet um die Abstimmung und schließt den TOP.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 11 Beratung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von
Gebühren für die Benutzung der Entsorgungsanlagen
- Benutzungsgebührensatzung -
Vorlage: 061/2018**

Da es keinen Erläuterungsbedarf zur Beratung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Entsorgungsanlagen gibt, stimmen die Abgeordneten über die Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Kreistag ab.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

**Zu TOP 12 Beratung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von
Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung -
Vorlage: 062/2018**

Der Kreisausschussvorsitzende erkundigt sich nach Fragen der Abgeordneten und übergibt Herrn Dr. Zeschmann das Wort.

Herr Dr. Zeschmann fragt nach, warum die Mindestlehrungen festgelegt worden seien. Viele im ländlichen Raum würden den Müll sehr akribisch trennen und selbst kompostieren, so dass hier eine geringere Müllmenge anfallen würde.

Der Landrat gibt zu bedenken, dass jeder Haushalt Restmüll habe. Alle seien in ein solidarisches System eingebunden. Das träfe den einen vielleicht mehr als den anderen.

Herr Buhrke gibt zu Protokoll, dass die Anzahl der Mindestlehrungen auf Erfahrungswerten beruhe.

Auf Nachfrage von Frau Kilian gibt Frau Drawe an, dass sich die Biotonne im Bereich Woltersdorf auf jeden Fall positiv bemerkbar gemacht habe. Genaue Zahlen könne man jedoch erst im kommenden Jahr vorlegen.

Im Anschluss an die Beratung bittet Herr Lindemann die Abgeordneten um die Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 13 Beratung: Änderung der Richtlinie zur Durchführung und Förderung
der Kindertagespflege im Landkreis Oder-Spree mit Wirkung zum
01.01.2019
Vorlage: 063/2018**

Herr Lindemann bittet die Abgeordneten direkt um die Abstimmung zu diesem TOP, da es keine Wortmeldungen gibt.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 14 Beratung: Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung im Landkreis Oder-Spree - Fortschreibung 2019-2023
Vorlage: 058/2018**

Der Landrat ruft den TOP zum Bedarfsplan für Kindertagebetreuung im Landkreis Oder-Spree – Fortschreibung 2019-2023 auf.

Da kein Erläuterungsbedarf besteht, wird auch hier direkt über die Beschlussvorlage abgestimmt.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 15 Beratung: Baubeschluss zur Erneuerung der K 6747 (030),
2. BA L 40 - Alt Stahnsdorf
Vorlage: 068/2018**

Der Kreisausschussvorsitzende erkundigt sich nach Wortmeldungen bei den Abgeordneten und lässt über die Vorlage abstimmen.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 16 Beratung: Baubeschluss zur Erneuerung der K 6755 (020),
2. BA Freienbrink - Spreeau
Vorlage: 069/2018**

Herr Lindemann bittet direkt um die Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Kreistag, da es keine Nachfragen der Abgeordneten gibt.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 17 Beratung: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur
teilweisen Wahrnehmung der Aufgaben der Stadt Beeskow als Voll-
streckungsbehörde nach § 17 Abs.2 (Nr.2), Nr.8 Verwaltungsvollstrec-
kungsgesetz für das Land Brandenburg (VwVGB) durch den Land-
kreis Oder-Spree
Vorlage: 071/2018**

Der Kreisausschussvorsitzende bittet Herrn Buhrke als zuständigen Dezernenten um eine kurze Information zum Sachverhalt.

Herr Buhrke möchte seinem Versprechen, welches er im Fachausschuss für Haushalt und Finanzen gegeben habe, nachkommen und gibt folgendes zu Protokoll:

- Anzahl Vollstreckungsfälle: ca. 8.000 im Jahr
- Anzahl an Außendienst übergebene Fälle: 3.334 Fälle
daraus ergebe sich 3,6 % Mehrarbeit, aber kein erheblicher Mehrbedarf.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 18 Beratung: Beschlussfassung über die Umsetzung der Leitziele des
LOS zur Entwicklung seines ländlichen Raumes
Vorlage: 070/2018**

Herr Lindemann bittet Herrn Dr. Berger, nähere Informationen zur Beschlussvorlage zu geben, da diese als Tischvorlage eingegangen sei.

Herr Dr. Berger fasst kurz die erfolgte Arbeit der Arbeitsgruppe sowie der Unterarbeitsgruppen zusammen und bedankt sich bei allen Mitwirkenden.

Dabei seien folgende Leitziele festgehalten worden:

- Entwicklung und Etablierung der Regionalmarke Oder-Spree zur Förderung der regionalen Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus, Natur, Kultur und Kunst sowie des Ehrenamtes;
- Schaffung und Sicherung insbesondere von bezahlbarem, altersgerechtem, alternativen und an den ÖPNV angebindenen Wohnraum im ländlichen Raum unter Sicherung des Klima- und Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit;
- Sicherstellung der Mobilität für alle Altersklassen und Bevölkerungsschichten als wesentliche Voraussetzung zur Entwicklung der Wirtschaft sowie des Lebens im Ländlichen Raum;
- Gewährleistung einer umfassenden medizinischen Versorgung für Jung und Alt im gesamten Landkreis, u. a. vor allem durch Sicherung der kommunalen Krankenhäuser, der Entwicklung und dem Aufbau von alternativen Arbeitsmöglichkeiten für junge Ärzte (z.B. MVZ), einer langfristigen Ärztenachwuchsgewinnung und flächendeckender Etablierung von Pflegenetzwerken.

Er bittet die Abgeordneten um die weitere Unterstützung sowie konstruktive Zusammenarbeit. Neue Ideen sende man bitte an Frau Teltewskaja, Beigeordnete und Dezernentin für Ländliche Entwicklung.

Der Landrat bittet die Abgeordneten um ihr Handzeichen zur Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 19 Beratung: Wahl des Kreisbehindertenbeirates
Vorlage: 067/2018**

Der Kreisausschussvorsitzende gibt zu Protokoll, dass die Wahl des Kreisbehindertenbeirates aus der Änderung der Hauptsatzung resultiere.

Er berichtet, dass die Mitarbeiterinnen vom Büro der Gleichstellungsbeauftragten eine Vorschlagsliste mit 9 Kandidaten aufgestellt hätten. Aus diesen sollen nun 7 Mitglieder für den Kreisbehindertenbeirat gewählt werden.

Es wird das Losverfahren vorgeschlagen, um aus den 9 Bewerbern 7 Mitglieder zur Wahl im Kreistag benennen zu können.

Herr Hilke schlägt vor, das Losverfahren anzuwenden, jedoch die 2 unterlegenen Kandidaten als beratende Mitglieder dem Kreisbehindertenbeirat zur Seite zu stellen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Stiller bestätigt Herr Lindemann, dass der Kreisbehindertenbeirat mit Beginn der neuen Legislaturperiode in 2019 ebenfalls neu besetzt werden müsse, entsprechend den Regelungen in der Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree.

Nachdem sich die Abgeordneten für den Vorschlag von Herrn Hilke ausgesprochen haben, werden durch Frau Prof. Dr. Böhm die 7 Kandidaten ausgelost.

Folgende Bewerber werden für die Wahl in den Kreisbehindertenbeirat ausgelost:
Herr Ernst-Wolfgang Neumeister, Frau Silke Klee, Frau Martina Lupitz, Herr Mario Stein, Frau Annett Spillmann, Herr Mario Gehringer und Frau Manuela Schmidt.

Frau Monika Lehmann und Herr Heinz Almes werden als beratende Mitglieder vorgeschlagen.

Anschließend bittet der Landrat um die Bestätigung des Ergebnisses, um es an den Kreistag weiterzuleiten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 20 Beratung: Wahl des Kreistages Oder-Spree am 26. Mai 2019
Berufung des Kreiswahlleiters und seines Stellvertreters
Vorlage: 064/2018**

Da es keine Nachfragen der Abgeordneten gibt, bittet Herr Lindemann um die Abstimmung.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 21 Beratung: Wahl des Kreistages Oder-Spree am 26. Mai 2019 - Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise und deren Abgrenzung
Vorlage: 065/2018**

Der Kreisausschussvorsitzende erkundigt sich, ob es Nachfragen zu dieser Beschlussvorlage gibt. Da dies nicht der Fall ist, lässt er darüber abstimmen.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

Zu TOP 22 Sonstiges

Herr Lindemann übergibt das Wort an Herrn Dr. Pech.

Herr Dr. Pech erinnert die Mitglieder des Kreisausschusses an den erhaltenen Vergleich der Finanzierung der Fraktionstätigkeit im Land Brandenburg, welcher den Abgeordneten in der letzten Sitzung des Kreistages vorgelegt wurde.

Er bittet um die Änderung der Richtlinie über die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Fraktionen und der kommunalpolitischen Fortbildung im Landkreis Oder-Spree, genau um die Anhebung des Sockelbetrages auf 500,00 € monatlich je Fraktion sowie die Erhöhung des Aufstockungsbetrages monatlich pro Fraktionsmitglied auf 50,00 € und dies in die Planung mit aufzunehmen.

Er erläutert, dass die geltende Richtlinie aus dem Jahre 2008 stammt und die Regelung einen Sockelbetrag i. H. v. monatlich 130,00 € pro Fraktion sowie einen monatlichen Aufstockungsbetrag i. H. v. 25,00 € pro Mitglied beinhalte. Um Missverständnissen in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit vorzubeugen, weist er darauf hin, dass dabei kein Cent bei den Kreistagsmitgliedern ankäme. Es seien Mittel zur Finanzierung der Arbeit der Fraktionen.

Der Kreisausschussvorsitzende dankt Herrn Dr. Pech für diesen Vorschlag. Es sei sicherlich sehr nachvollziehbar und diene auch der Qualitätserhöhung der Arbeit in den Gremien.

Dr. Zeschmann verweist auf ein Schreiben des Landtages, indem zur Unterstützung der Fraktionsarbeit die Finanzierung einer ½ Stelle für die Geschäftsleitungsführung vorgeschlagen worden sei. Eine Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden, welche durch Herrn Dr. Berger als Vorsitzender des Kreistages gefordert worden sei, sei erfolgt.

Er führt aus, dass er diesen Vorschlag für eine wesentliche qualitative Verbesserung, vor allem für die kleineren Fraktionen halte. So könnten alle Fraktionen ihre Arbeit professionalisieren.

Herr Dr. Pech gibt zu bedenken, dass dieser Vorschlag im Zuge der Beratungen und Diskussionen zur Kreisgebiets- und Kommunalreform gemacht worden sei, da sich die Wahlkreisgebiete dem entsprechend stark vergrößert hätten. Da diese jedoch nicht zustande kamen, sei der Vorschlag beim Land in Vergessenheit geraten. Daher habe er den Vorschlag zur Änderung der Richtlinie gemacht.

Er bittet die Mitglieder des Kreisausschusses um einen gemeinsamen Arbeitsauftrag an die Verwaltung zur Erarbeitung der Beschlussvorlage (Änderung der Richtlinie über die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Fraktionen und der kommunalpolitischen Fortbildung im Landkreis Oder-Spree).

Herr Buhrke informiert, dass für die Einrichtung einer solchen Stelle, wie von Herrn Dr. Zeschmann vorgeschlagen, eine Änderung der Kommunalverfassung erforderlich wäre. Diese Änderung sei jedoch nicht erfolgt. Daher habe man keine rechtliche Grundlage für die Einrichtung einer Stelle zur Unterstützung der Geschäftstätigkeit der Fraktionen.

Frau Siebke und Herr Hilke befürworten den Vorschlag von Herrn Dr. Pech.

Der Landrat nimmt dies als Arbeitsauftrag an die Verwaltung.

Im Anschluss übergibt Herr Lindemann das Wort an Herrn Dr. Zeschmann.

Dr. Zeschmann bittet um eine transparentere Zusammenarbeit mit der Verwaltung was die Beratungen zum Haushaltsentwurf betrifft. Die besprochenen/zugesagten Termine für Zuarbeiten an die Abgeordneten seien nicht eingehalten worden, z. B. V-Ist-Einschätzung. Des Weiteren bittet er darum, dass die Kreistagsabgeordneten die Schätzung des zukünftigen Hebesatzes sowie Termine zu Klausuren nicht aus der Zeitung erfahren müssten. Auch bittet er darum, die Haushaltsklausur zeitlich so zu planen, dass berufstätige Kreistagsmitglieder ebenfalls daran teilnehmen könnten.

Herr Buhrke gibt an, dass man frühzeitig mit der Arbeit angefangen habe. Der Termin zur Haushaltsklausur mit allen Bürgermeistern/Amtsleitern sei für den 03.12.2018, 16:00 Uhr geplant. Dazu würden, wie in jedem Jahr, auch alle Kreistagsabgeordneten eingeladen. Die Einladungsschreiben würden morgen versendet. Er bittet darum, bis dahin Zeit zur Bearbeitung zu erhalten.

Herr Hilke weist darauf hin, dass die Unterrichtung der BM/AD ausdrücklich in der Kommunalverfassung festgelegt sei. Die Gemeinden würden den Löwenanteil des Kreishaushaltes finanzieren, müssten selbst ihren Haushalt aufstellen.

Herr Umbreit erinnert daran, dass die Teilnahme der Kreistagsabgeordneten an der Haushaltsklausur in der Vergangenheit sehr überschaubar gewesen sei. Auch bittet er darum, alle Beteiligten frühzeitig in die Beratungen einzubeziehen. Werde erst einmal eine Zahl nach außen gesetzt gegeben, so sei es für die Kreistagsabgeordneten schwer, diese noch zu ändern.

Herr Buhrke weist nochmals darauf hin, dass man erst nach Eingang aller Daten/Angaben der kreisangehörigen Gemeinden/Kommunen erste Hochrechnungen machen könne.

Herr Dr. Pech erinnert **die** Abgeordneten als Vorsitzender des Fachausschusses für Haushalt und Finanzen an die heftigen Diskussionen zwischen den kreisangehörigen Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren. Am Ende kam man über die jetzige Gestaltung des Prozesses zum Haushaltsentwurf überein. Dieser übersteigt die gesetzlichen Mindestanforderungen, welche in der Kommunalverfassung festgelegt seien.

Nach diesem schwierigen Findungsprozess könne man nicht wieder alles rückgängig machen. Es sei ein vernünftiger, konstruktiver Umgang mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden entstanden.

Im Ausschuss für Haushalt und Finanzen sei man nach intensiven Diskussionen zu der Festlegung gekommen, den Haushalt in der Sitzung des Kreistages im April zu behandeln.

Herr Lindemann erklärt, dass man ein Konzept der Offenheit und der Diskussion verfolge und in den vergangenen Jahren bemüht war, ein besseres Miteinander in der kommunalen Familie zu erreichen. Dabei gehörten Diskussionen und Aushandlungen einfach dazu. Die Verwaltung müsse sich dabei auch hartnäckigen Forderungen Einzelner stellen, was nicht immer einfach sei, aber man müsse diesem Prozess eine Chance geben.

Da es keine weiteren Meldungen gibt, schließt der Kreisausschussvorsitzende den TOP und damit den öffentlichen Teil der Sitzung.

zur Kenntnis genommen

Rolf Lindemann
Landrat

C. Kuhley
Schriftführerin